

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für
Stadtplanung sowie Umwelt und Klimaschutz

am 10.03.2021

im Theatersaal des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Voß SPD
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jürgen Appelt 90/Die Grünen	Bündnis	
Ratsherr Manuel Bunge	SPD	
Ratsherr Mert Can Cetin	CDU	
Ratsherr Otto Ersching	DIE LINKE.	
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsherr Thomas Kruber	SPD	Vertreter für Ratsherrn Dominik Hass
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Daniel Kahler
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Christoph Weiland	CDU	zusätzlich Vertreter für Ratsherrn Björn Schöttler im Stadtplanungs- ausschuss
Ratsfrau Ilona Bartocha Die Grünen	Bündnis 90 /	
Herr Jochen Kliebisch /Die Grünen	Bündnis 90	
Herr Thomas Kotzur	DIE LINKE.	
Frau Shari Sabine Kowalewski	SPD	
Frau Sandra Manß	SPD	
Herr Christoph Wagener	FDP	
Herr Michael Wülfrath	FDP	

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Gülpasa Erdogan CDU-
Internationale Liste

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Hans Jürgen Badziura
Herr Holger Moeser
Herr Robert Wild
Frau Lisa Flender
Herr Marcus Müller
Timo Raddatz

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Dominik Hass	SPD
Ratsherr Daniel Kahler	CDU
Ratsherr Lucas Karich	CDU
Ratsherr Björn Schöttler	CDU
Herr Martin Kahler	CDU

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Ratsfrau Julia Decker Bündnis
90/Die Grünen

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:13 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Neuaufstellung Regionalplan Arnsberg - Räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein - Sachstandsbericht Vorlage: 076/2021

Vorsitzender Weiß führt aus, dass es sich hier um einen ersten Sachstandsbericht handele. Dieser werde eingebracht, jedoch noch nicht inhaltlich diskutiert. Es sei vorgesehen, diese im Anschluss an die Sitzung zusammen mit der Verwaltung in den Fraktionen zu führen. Danach werde die Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid diskutiert und darüber entschieden.

Vorsitzender Weiß bittet Herrn Bärwolf um Vortrag.

Herr Bärwolf erläutert, dass aufgrund von Änderungen des Raumordnungsgesetzes, des Landesentwicklungsplanes und des Landesplanungsgesetzes eine Änderung der Regionalpläne erforderlich sei. Regionalpläne geben den Rahmen für die räumliche Entwicklung der Städte. Das Land schlage die Änderungen in den Regionalplänen vor und fordere anschließend die betroffenen Kreise und Kommunen zur Stellungnahme auf. Eine Abwägung der Stellungnahmen erfolge im Regionalrat. Aus den Regionalplänen entwickelten sich die gemeindlichen Flächennutzungspläne. Somit werde hiermit ein Stück Daseinsvorsorge für die nächsten ca. 10 – 15 Jahre geschaffen. Die ausgewiesenen Flächen seien für die kommunale Bauleitplanung bindend. Bei den ausgewiesenen Flächen handele es sich um Vorratsflächen, deren Größe nicht festgelegt sei. Die Flächen könnten in Anspruch genommen werden, müssten es aber nicht. Die Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid müsse bis zum 30.06.2021 bei der Bezirksregierung eingegangen sein.

Vorsitzender Weiß bedankt sich für die Erläuterungen und bittet Herrn Raddatz um Vortrag.

Herr Raddatz erläutert die Neuaufstellung des Regionalplans anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation. Die im Entwurf des Regionalplans für eine Änderung vorgesehenen Flächen erläutert er detailliert. Abschließend teilt er mit, dass mit einer Erörterung im Regionalrat nicht vor Weihnachten zu rechnen sei. Rechtskraft werde frühestens im Jahr 2023 erreicht.

Vorsitzender Weiß bedankt sich bei Herrn Raddatz für die Ausführungen.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Fröhling ergänzt Herr Raddatz, dass Regionale Grünzüge zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels eingerichtet würden. Dieses erfolge mit Kaltluftschneisen, die einen besseren Luftaustausch ermöglichten. Gerodete Flächen behielten zunächst weiterhin ihre Waldeigenschaft. Inwieweit hier eine andere Nutzung möglich sein könnte, müsse im Verfahren geklärt werden. Auf Nachfrage von Rats Herrn Appelt führt er weiter aus, dass in den Bereichen Altenaer Straße (14) und Oberes Oedenthal (22) die Darstellungen parzellenunscharf seien. Darüber hinaus müsse bedacht werden, dass vorhandene Baurechte bestandsgeschützt seien.

Herr Bärwolf bietet an, dass die Verwaltung bei Bedarf in den einzelnen Fraktionssitzungen Rede und Antwort stehen könne. Flächen für Wohnen und wohnungsnahes, nicht störendes Gewerbe (ASB-Flächen) sowie für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB-Flächen) würden dringend gebraucht und müssten daher zwingend ausgewiesen werden. Im Bereich Rosmart 2 mit dem Tinsberger Kopf handele es sich um eine Flächenarrondierung, die einem neuen Ansatz immer vorzuziehen sei. Schließlich sei es auf Dauer nicht durchzuhalten, dass interkommunale Flächen ausschließlich auf fremden Stadtgebieten ausgewiesen würden. Ob es möglich sei, die Anregung von Rats Herrn Appelt umzusetzen und das Gebiet im Brenscheider Tal auf unter 10 ha zu reduzieren, müsse geprüft werden. Darüber hinaus müssten die Gespräche mit der Stadt Halver intensiviert werden. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass neben der Flächendiskussion die Frage, wie flächenschonend gebaut werden könne, gleich wichtig sei. Flächenschonung könne beispielsweise durch die nicht zwingende ebenerdige Anordnung von Stellplätzen erfolgen. Denkbar sei eine Planung von Stellplätzen auch unter den Gebäuden oder auf den Dächern der Gebäude. Darüber hinaus sei es erforderlich, die weiteren Vorgaben für Neubauten aus dem Klimaschutzkonzept der Stadt Lüdenscheid umzusetzen. Auf Nachfrage von Rats Frau Dr. Heider zur Bebauung des Brenscheider Tales führt Herr Bärwolf weiter aus, dass Planungsrecht sowohl für Wohngebäude als auch für Industrie gelte. Die Ausweisung der Flächen bedeute jedoch nicht, dass die Flächen auch tatsächlich zu Bauland gemacht würden. Insbesondere die Verkleinerung der auszuweisenden Fläche im Brenscheider Tal erscheine sinnvoll und werde seitens der Verwaltung geprüft. Zudem werde diese Fläche nicht bevorzugt angeboten, sondern vielmehr zunächst als Vorratsfläche eingerichtet.

Ratsherr Voß merkt an, dass dieses auch für die Bereiche Oedenthal und Halver gelte. Er schlägt vor, dass die Verwaltung prüfe, ob in den Bereichen Schwiendahl und Alte Schule Spielwige ebenfalls eine Ausweisung von GIB-Flächen möglich sei. Er bittet die Verwaltung, das Prüfungsergebnis noch vor Mai in die Fraktionen zurück zu spiegeln.

Herr Bärwolf sagt dieses zu.

3. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Entfällt

4. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

4.1. Bekanntgaben

Entfällt

4.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

4.3. Anfragen

4.3.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 09.12.2020 zum Thema "Lüdenscheider Leitlinien zur Gewerbeflächenentwicklung"; hier: Festlegung des federführenden Fachausschusses

Vorsitzender Weiß führt aus, dass ihm eine schriftliche Anfrage des Ratsherrn Holzrichter vorliege. Ratsherr Holzrichter beziehe sich auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 09. Dezember 2020 zum Thema „Lüdenscheider Leitlinien zur Gewerbeflächenentwicklung“, der in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Stadtplanung sowie Umwelt und Klimaschutz im Dezember 2020 aufgrund der Kurzfristigkeit nicht mehr behandelt werden können. Er fragt nach, welcher Fachausschuss für die Behandlung dieses Themas zuständig sei.

Vorsitzender Weiß schlägt vor, dieses Thema in die Zuständigkeit des Stadtplanungsausschusses zu geben.

Die Mitglieder des Stadtplanungsausschusses sowie die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz stimmen dem jeweils einstimmig zu.

4.3.2. Anfrage des Rats Herrn Ersching zum Thema "Interkommunales Gewerbegebiet Rosmart 2.0"

Ratsherr Ersching fragt, ob es richtig sei, dass die Stadt Werdohl sich nicht mehr an der Entwicklung des Interkommunalen Gewerbegebietes Rosmart 2.0 beteilige. Er fragt weiter, ob die Städte Altena und Lüdenscheid dann dennoch gemeinsam weitermachen würden.

Herr Bärwolf bestätigt, dass die Stadt Werdohl sich nicht weiter an der Entwicklung des Gewerbegebietes Rosmart 2.0 beteilige. Gutachterlich werde dieser Bereich zusammen mit der Stadt Altena weiter untersucht. Es würden sowohl die technische Infrastruktur als auch ein Artenschutzgutachten beauftragt. Die Kosten hierfür teilten sich die Städte Altena und Lüdenscheid.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Weiß teilt Herr Bärwolf mit, dass der größte Teil des Gewerbegebietes auf Altenaer Stadtgebiet liege. Im ersten Bauabschnitt sei die Stadt Lüdenscheid beteiligt. Der zweite Bauabschnitt liege dagegen nahezu ausschließlich auf Altenaer Stadtgebiet.

Ratsherr Ersching bedankt sich für die Ausführungen.

gez. Björn Weiß
Vorsitzender des
Stadtplanungsausschusses

gez. Jens Voß
Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt und Klimaschutz

gez. Stoltefaut-Voß
Protokollführerin